

Otto Lüdemann: Gemeinwohlökonomie (GWÖ) und Grundeinkommen (BGE) –

Gemeinsam stark gegen neoliberales Hegemoniestreben und für ein anderes, solidarisches Europa

Nicht erst der teils kontroverse, aber auch sehr konstruktive Gedankenaustausch zwischen Christian Felber als Initiator der GWÖ-Bewegung und dem Philosophen Richard David Precht als entschiedenem BGE-Befürworter vor ca. 4000 Besuchern am 17. August 2017 in Dresden¹ war Anlass für diesen Beitrag; schon vorher positionierte sich der Autor auf dem Internationalen Kongress *UBI and Degrowth, 2016 in Hamburg*, gemeinsam mit weiteren Vertretern beider Bewegungen, zu der Thematik² Unsere Ausgangsfrage lautete:

Sind Gemeinwohlökonomie und Grundeinkommen dazu bestimmt, einmal ein „Traumpaar“ zu werden?, Bereits 2016 auf dem Hamburger internationalen Kongress zum Thema „*Unconditional Basic Income & Degrowth*“ stellten wir uns zu viert diese Frage: Bernd Fittkau und Gerd Laueremann von der Gemeinwohlökonomie (Regionalgruppe Hamburg) sowie Ulrich Schachtschneider und ich, Otto Lüdemann, für die Grundeinkommensbewegung (Europäisches und Hamburger Netzwerk Grundeinkommen). Wir waren nämlich überzeugt, dass das Engagement gegen Wachstumswahn und für nachhaltige Entwicklung sowie das für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit zusammengehören. Im vorliegenden Beitrag soll unsere These nun erneut zur Diskussion stehen. Als wesentliche dafür sprechende Argumente fanden wir schon damals eine Reihe von Gemeinsamkeiten und Potenzialen für eine gegenseitige Unterstützung, dies gleichermaßen in theoretischen Grundlagen wie bei praktischen Umsetzungsversuchen beider Bewegungen. Um nur die wichtigsten zu nennen, z. B.

- Bemühung um Konkretisierung des gemeinsamen Werterahmens von BGE und GWÖ, der sich nicht nur in der Ablehnung eines rein ökonomischen Denkens ausdrückt, sondern ebenso gleichermaßen ablesbar ist an den weltweit anerkannten Kriterien für ein BGE wie auch an der GWÖ-Unternehmenskultur und der bei der Zertifizierung der Unternehmen genutzten Matrix,
- Gewährleistung von sozialer Sicherheit mittels eines BGE als Grundlage für ein selbstbestimmteres Leben, z.B. auch im Sinne der Entscheidung für einen Arbeitsplatz in einem GWÖ-Unternehmen,
- Vorschläge für eine zukunftstaugliche Besteuerung durch Ökosteuern, als Voraussetzung zur Finanzierung eines BGE ebenso wie als Anreizsystem für die GWÖ,
- Gute Chancen für eine internationale Kooperation dank europaweiter Präsenz von regionalen und lokalen Initiativen beider Bewegungen.

Daneben gab es auch einzelne kritische Rückfragen und Bedenken:

So erfuhren wir z.B., dass manche GWÖ-Unterstützer sich die bange Frage stellten, ob die für die Finanzierung eines BGE erforderlichen Mittel nicht so viele Ressourcen verschlingen würden, dass danach für dringend benötigte Investitionen in Bildung und Infrastruktur kein Geld mehr übrig wäre. Auch war da die Frage nach dem gewiss nicht ganz von der Hand zu weisenden Risiko, dass ohne geeignete flankierende Maßnahmen viele Menschen mit ihrem BGE einem umso hemmungsloseren Konsumismus frönen würden.

Umgekehrt mögen sich auch manche BGE-Befürworter gefragt haben, ob sich hinter gut klingenden Zielen wie *Nachhaltigkeit* und *Gemeinwohl* nicht vielleicht doch insgeheim die Absicht verbarg, im Grunde weiterhin am Vorrang des Gewinnstrebens festzuhalten. Unser auf wechselseitigem Vertrauen basierender GWÖ-BGE-Dialog war freilich im Gegenteil getragen von der festen Überzeugung, dass es beiden Seiten vor allem um die Konkretisierung und Umsetzung des gemeinsamen Werterahmens ging.

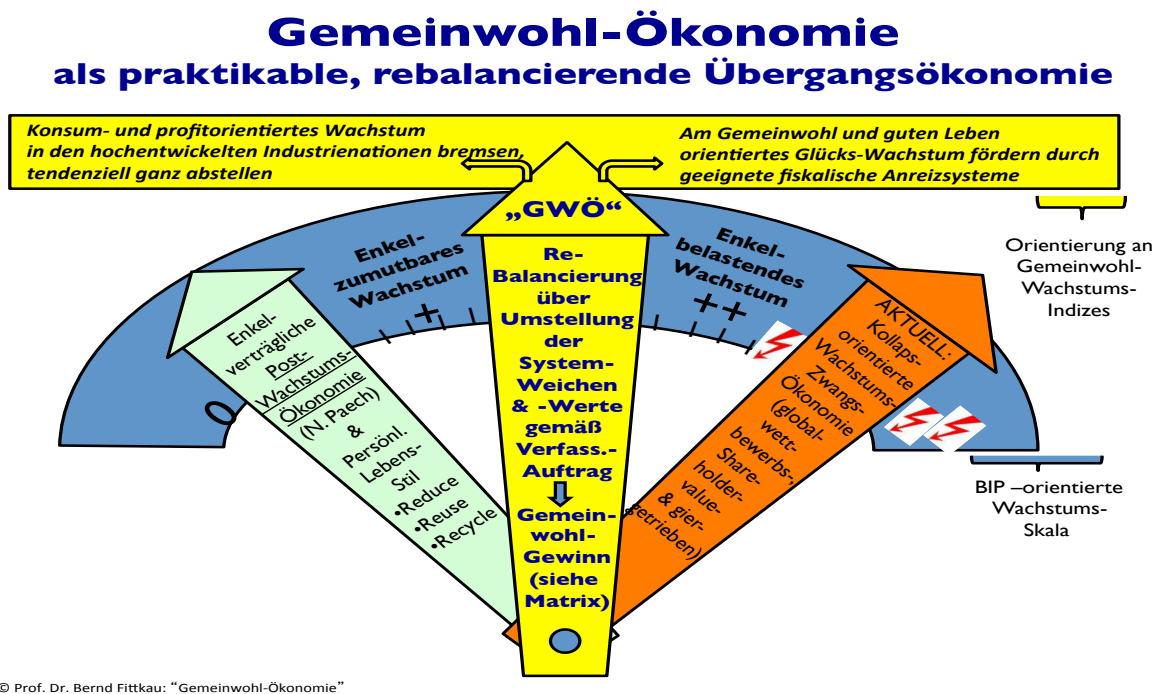
¹ <https://youtu.be/MAwGVyNyzL8>

² *UBI and Degrowth* – <https://ubi-degrowth.eu/en/>

Als herausragendes, beiden Bewegungen gemeinsames Ziel fanden wir dabei die „Entlastung von Fremdbestimmung“.

In der Gemeinwohlökonomie ist dies daran erkennbar, dass ganze GWÖ-Unternehmens-Belegschaften, inzwischen also Hunderte, wenn nicht Tausende von sozial und ökologisch engagierten Menschen von der Basis her Nachhaltigkeit, soziales Engagement und Gemeinwohlorientierung explizit zu übergeordneten Zielen ihres Wirtschaftens erklären.

Sie stützen sich dabei auf eine *Gemeinwohlbilanz*, die ihre selbst gesetzten Werte und Ziele transparent und nachvollziehbar dokumentiert und die gleichgewichtig neben der rein *finanziellen Bilanz* der Unternehmen steht. Auf dieser Grundlage tritt an die Stelle der bisher von den meisten Unternehmensleitungen mittels Wachstumszwang und Konkurrenzdruck angestrebten *Gewinnmaximierung* als vorrangiges Ziel die *Gemeinwohloptimierung*. Konkret folgt daraus eine völlig neue Steuerung der Werte und Geldströme in der Ökonomie mit dem Ziel, die Wirtschaft an Stelle des Primats der Kapitalakkumulation wieder in den Dienst der Menschen zu stellen. Die Herausforderung für die GWÖ besteht dabei darin, die Balance zu halten zwischen dem Anschluss an die aktuelle ökonomische Realität und der Annahme neuer sozialökologischer Herausforderungen. (Schema entwickelt von Bernd Fittkau):



Das Grundeinkommen sorgt seinerseits ebenfalls für Entlastung von Fremdbestimmung, insofern es die Menschen von der Last der Existenzsicherung befreit und ihnen so die Freiheit gewährt, ihr individuelles Leben selbstbestimmt und verantwortlich zu gestalten. Garant dafür sind die inzwischen weltweit anerkannten Kriterien, also insbesondere die Maßgabe, dass ein BGE sich auf einen für alle Menschen geltenden individuellen Rechtsanspruch stützt, dass es bedingungslos, ohne Kontrolle noch Zwang zu einer Gegenleistung zu gewähren ist und dass es von seiner Höhe her angemessene gesellschaftliche und politische Teilhabe ermöglichen soll. Statt wie bisher gezwungen zu sein, das eigene Leben unter dem Diktat der Existenzsicherung führen zu müssen, sorgt so auch das BGE im Leben der einzelnen Bürgerinnen und Bürger dafür, dass sie leichter eine Balance zwischen persönlichen Erwartungen und gesellschaftlichen Ansprüchen bzw. Notwendigkeiten finden.

Vor diesem Hintergrund liegt die Frage nah: Wie stellt sich die von uns als wünschenswert angesehene

Synergie von GWÖ und BGE heute dar? Auf den ersten Blick haben sich beide Bewegungen bisher nicht erkennbar aufeinander zu bewegt, sind jedenfalls keine offizielle Allianz eingegangen. Beide scheinen vielmehr erst einmal, und zwar durchaus erfolgreich, ihren je eigenen Weg weitergegangen zu sein. Die GWÖ hat ihre Methodik optimiert, ist in bemerkenswertem Ausmaß weiter expandiert und hat sich inzwischen internationale Strukturen gegeben. Die Anzahl der die GWÖ unterstützenden Unternehmen ist weltweit auf ca. 2300, die der offiziell als GWÖ-Unternehmen zertifizierten auf rund 500 angewachsen. Auch größere Unternehmen wie die Sparda-Bank und Greenpeace erstellen ihre GWÖ-Bilanz. Das Südtiroler Regionalparlament stützt sich in seinen Vergaberichtlinien für öffentliche Aufträge auf GWÖ-Kriterien, Berücksichtigung fand die GWÖ auch in der Koalitionsvereinbarung der aktuellen baden-württembergischen Landesregierung. Der Wirtschafts- und Sozialausschuss des Europäischen Parlaments hat sich mit großer Mehrheit für eine Förderung der GWÖ ausgesprochen, der „Club of Rome“, Vorreiter der internationalen Nachhaltigkeitsbewegung seit den Siebziger-Jahren und sogar die Europäische Kommission sehen GWÖ-Kriterien als relevante Grundlage für eine nichtfinanzielle Bilanzierung von Großunternehmen an. Universitäten organisieren Forschungsprojekte zu dieser Thematik. Das BGE ist seinerseits zunehmend in den offiziellen, wie auch den sozialen Medien präsent, in verschiedenen Ländern - europa- und weltweit - finden Feldversuche zu spezifischen relevanten Aspekten eines Grundeinkommens statt, so etwa in Finnland und in mehreren Städten in den Niederlanden zur Frage des Einflusses eines BGE auf die Erwerbs-Arbeitsmotivation. Soweit bereits überschaubar, durchaus mit dem Ergebnis, dass die Bedingungslosigkeit einer Transferleistung keineswegs die Arbeitsmotivation der Menschen zu schwächen scheint. Filme zu dem Thema füllen Kinosäle, so insbesondere der in Deutschland am 1. Februar 2018 bundesweit gestartete Film „Free Lunch Society – komm, komm Grundeinkommen“ von Christian Tod. Immer mehr prominente Persönlichkeiten in allen gesellschaftlichen Bereichen und sogar Konzernchefs sprechen sich fürs BGE aus, auch wenn die Motive der letzteren sicher kritisch zu hinterfragen sind. Sogar Gewerkschaften und politische Parteien kommen an dem Thema nicht mehr vorbei.

Deutlich geändert hat sich andererseits parallel dazu die allgemeine Grundstimmung im Land und weltweit, und zwar hin zu einer gefühlt verschärften Bedrohungslage angesichts einer zunehmend ungewissen und Angst machenden Zukunft. Gründe dafür sind einerseits drohende Arbeitsplatzverluste für viele Menschen aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung, insbesondere im Bereich der Digitalisierung der Industrieproduktion und bei Dienstleistungen, aber auch darüber hinaus. Hinzu kommen die in den Medien allgegenwärtigen Themen Migration und Terrorismus mit den Folgeerscheinungen des Anwachsens von Nationalismus und Populismus. Letztere bedrohen ihrerseits das Projekt der europäischen Integration.

Derzeit muss offen bleiben, wie eine solche allgemeine Verunsicherung sich mittel- und langfristig auswirken wird. Wird sie zu einer weiteren Verschärfung neoliberaler Strategien in Wirtschaft und Politik führen, was multinationalen Konzernen und Finanzmärkten erlauben würde, den Druck auf die Unternehmen weiter zu erhöhen! Werden diese fortfahren, an ihrer Effizienzsteigerung und der Erhöhung ihrer Marktmacht zu arbeiten, statt sich den dringlichen Aufgaben des Umwelt- und Klimaschutzes zu widmen? Oder wird es gelingen, dafür zu sorgen, dass sich mehrheitlich doch eher eine nachhaltige und sozial gerechtere Politik durchsetzt? Damit ist genau die Alternative benannt, die sich heute für die BGE- und die GWÖ-Bewegung gleichermaßen stellt. Für die GWÖ unterstreicht dies ein bemerkenswerter Beitrag von Günter Grzega mit dem Titel: „*Die Gemeinwohl-Ökonomie – eine Alternative zum Neoliberalismus*“ (siehe: <https://www.ecogood.org/de/metanavigation-top/blog/die-gemeinwohl-okonomie-eine-alternative-zum-neoliberalismus/>³)

Bemerkenswert ist der Beitrag insbesondere deshalb, weil der Autor den Neoliberalismus nicht lediglich

³ <https://www.ecogood.org/de/metanavigation-top/blog/die-gemeinwohl-okonomie-eine-alternative-zum-neoliberalismus>

als eine problematische Wirtschaftstheorie einstuft, sondern ihn als eine umfassende globale Ideologie beschreibt. Günter Grzega bezieht sich dabei auf die US-Politologin Wendy Brown, die in ihrem Buch *„Die schleichende Revolution – Wie der Neoliberalismus die Demokratie zerstört“*, klipp und klar zeige, *„dass der Neoliberalismus eine Ideologie der Neuordnung des gesamten Denkens ist, die inzwischen alle Bereiche des Lebens sowie den Menschen selbst einem ökonomischen Bild entsprechend verändert – mit fatalen Folgen für die Demokratie. Alle Sphären der Existenz werden einer finanziellen Verwertung unterworfen und dieser entsprechend vermessen. Also die Politik, das Recht, die Kultur, die Bildung, die Familie, die Gesundheit, die Geschlechterrollen“*.

Darüber hinaus werden weltweit und auch in Deutschland massive Versuche unternommen, die in Jahrzehnte langen Arbeitskämpfen im letzten Jahrhundert mühsam errungenen und grundsätzlich immer noch relativ schwach ausgeprägten demokratischen Mitbestimmungsrechte der abhängig Beschäftigten wieder rückgängig zu machen und Gewerkschaften massiv zu schwächen. (G. Grzega, a.a.O. Absatz 2).⁴

Günter Grzega stellt die Frage nach einer überzeugenden Alternative zu dieser bedrohlichen Entwicklung. Er findet die Antwort im Konzept der Gemeinwohlökonomie: Die Aussage *„Soziale Sicherungssysteme schützen vor Absturz und Ausgrenzung“* gehört dabei für ihn zwar zu den Grundsätzen der GWÖ, leider geht er aber nicht näher auf die konkrete Ausgestaltung eines solchen Sicherungssystems ein (siehe G. Grzega, a.a.O. Absatz 7).⁵

Das stellt sich anders dar bei Richard David Precht in seinem Buch *„Jäger, Hirten, Kritiker – Eine Utopie für die digitale Gesellschaft“*. Insgesamt vertritt Precht darin eine ähnliche Position wie Grzega, setzt sich aber entschlossen für ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Zunächst zeichnet er das Bild von zwei überaus abschreckenden Zukunftsvisionen, die er auch *„Dystopien“* nennt. Einerseits die einer Selbstoptimierung des Menschen mit den Mitteln von Digitalisierung und künstlicher Intelligenz, wie bekanntlich Forscher im Auftrag von mächtigen Konzernen im Silicon Valley sie entwickeln, andererseits die nicht weniger erschreckende Vorstellung von massiver totalitärer und technokratischer Kontrolle, wie sie heute schon in bestimmten Projekten und Experimentierfeldern in China erprobt wird.

In klarer Abgrenzung zu beidem entwickelt Precht dann seine konkrete „humane“ Utopie. Die stützt sich unverkennbar auf die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens. Manche Sätze darin könnten aber auch dem Leitbild eines GWÖ-Unternehmens entnommen sein:

„Eine humane Utopie befreit den Menschen aus der Definition, ein „Homo mercatorius“, ein Händler sein zu müssen, der seine Arbeitsleistung gegen Geld tauscht. Vielmehr erkennt sie <Arbeit> als das Bedürfnis sehr vieler Menschen, etwas zu tun, das ihr Leben erfüllt und Sinn stiftet. Deshalb trennt sie den Begriff der <Arbeit> als freie Tätigkeit vom Begriff der Lohn- und Erwerbsarbeit.

Seit der Antike, und verstärkt seit der ersten und zweiten Industriellen Revolution, träumen Dichter und

4

Anmerkung von Prof. Dr. Bernd Fittkau, Hamburg, Wissenschaftlicher Beirat der GWÖ, zum „Kooperations-Prinzip der GWÖ“:

Die soziale Innovations-Motivation der Gemeinwohl-Ökonomie ist – im Unterschied zum herrschenden evolutionär-archaischen Wettbewerbsprinzip – die **Kooperation**, und zwar mit allen Praktikern, die die Leitideen unserer Verfassung in unserem gesellschaftlichen Leben und Wirken zum Wachsen und Erläutern bringen wollen. Die Freunde vom BGE sind solche „Paarship“-Partner. Weitere enge Partner sind:

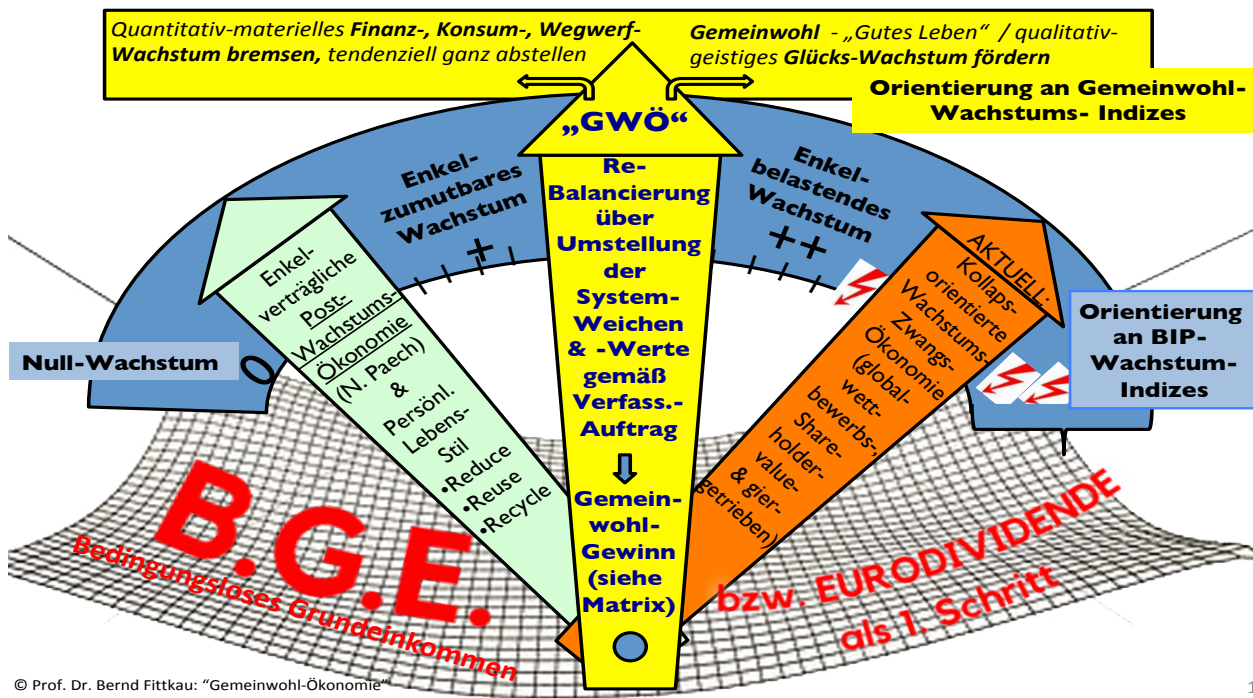
- auf Seiten der Zukunfts-Ökonomien die „Donut-Ökonomie“ von Kate Raworth,
- auf Seiten der zukunftsweisenden Organisations-Entwicklung die Leuchtturmprojekte von Frederic Laloux
- „Theorie-U“-Projekte von Otto Scharmer vom MIT
- und auf der gesellschaftspolitischen Ebene die „Mehr Demokratie“-Bewegung,

um einige wichtige Partner zu nennen. Mehr findet sich auf der Website der GWÖ <https://www.ecogood.org/de/>, insbesondere unter den **Botschafter*Innen**.

Denker den Traum, den Menschen von der Notwendigkeit zu befreien, unter Zwang arbeiten zu müssen. Der technische Fortschritt könnte diesen Traum im 21. Jahrhundert Realität werden lassen, weil intelligente Maschinen mehr und mehr Arbeit übernehmen. Der Mensch als freier Gestalter seines Lebens – diese Vision steht im Zentrum der humanen digitalen Utopie.“ (R. D. Precht, a.a.O. S.124⁶)

Vor knapp drei Jahren, als wir zum ersten Mal die These von einem möglichen „Traumpaar GWÖ und BGE“ formulierten, mochte eine solche Idee noch vielen als weit hergeholt erscheinen. Heute, angesichts zu erwartender riesiger Produktivitätsgewinne bei gleichzeitig drohender massiver Arbeitsplatzvernichtung aufgrund der rasanten technologischen Entwicklung, drängt die Idee einer Allianz von GWÖ und BGE sich geradezu auf, geht es doch darum, alle Kräfte zu bündeln, um den anstehenden Herausforderungen gerecht zu werden. Warum also nicht das Konzept der Gemeinwohlökonomie mit der Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens zu einem gemeinsamen politischen Zukunftskonzept kombinieren! Es würde in der Tat eine überzeugende ökonomische wie ökologische Vision mit einer angemessenen sozialen Absicherung der Menschen verbinden und zusätzlich noch ihre gesellschaftliche, ökonomische und politische Teilhabe garantieren. Um sich ein solches Konzept anschaulich vorzustellen, liegt es nahe, an der oben wiedergegebenen schematischen Darstellung der GWÖ als Übergangsökonomie anzuknüpfen, diese jedoch zugleich in einen Rahmen einzubetten, der - einem Sicherheitsnetz vergleichbar - die materielle Absicherung der Menschen durch ein BGE symbolisiert, also z.B. etwa so:

Gemeinwohl-Ökonomie (G.W.Ö.) als praktikable, rebalancierende Übergangsökonomie



© Prof. Dr. Bernd Fittkau: "Gemeinwohl-Ökonomie" (Ergänzung Sicherheitsnetz::Prof. Dr. Otto Lüdemann)

1

In der Tat wäre der entscheidende, sich aus einem solchen Zukunftskonzept ergebende „Mehrwert“, ein

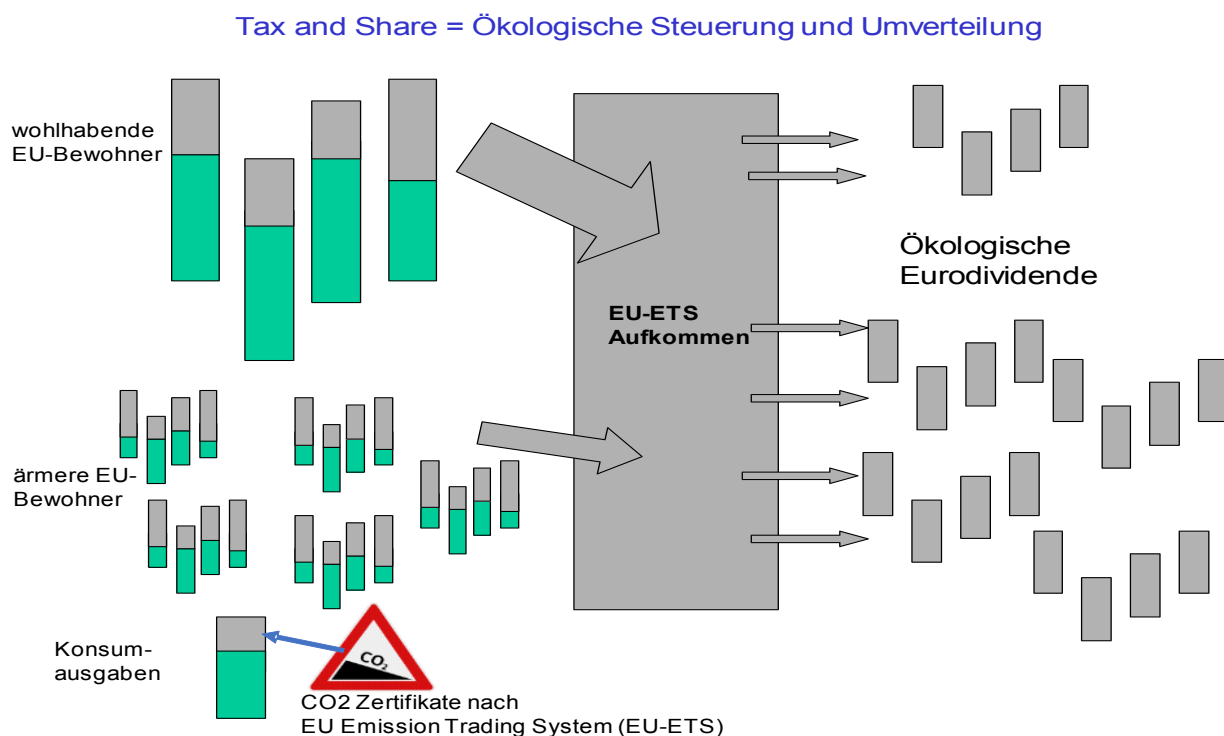
⁶ R.D. Precht: „Hirten, Jäger, Kritiker - Eine Utopie für die digitale Gesellschaft“, Goldmann Verlag, 2018

„Kulturimpuls“, der dafür sorgen würde, dass deutlich mehr Menschen als bisher Ihrer Entscheidung für eine Erwerbsarbeit qualitative insbesondere auch sozialökologische Aspekte zugrunde legen würden, würde ein Grundeinkommen ihnen doch die Sorge um die eigene Existenzsicherung abnehmen. Einige würden vielleicht den Schritt in die Selbständigkeit wagen, aber auch GWÖ-Unternehmen würden davon unmittelbar profitieren.

Vorteile von vermutlich noch größerer Tragweite, weil auch mit strukturellen Auswirkungen für die Unternehmen verknüpft, könnten sich aus dem Umstand ergeben, dass die ggf. ebenso notwendige wie naheliegende Finanzierung eines Grundeinkommens über das Steuersystem sich mit einem Anreizsystem für nachhaltiges Wirtschaften verknüpfen ließe; schließlich basiert das GWÖ-Konzept mit dem Bonus/Malus-System seiner Gemeinwohlbilanz selbst auf einem solchen Anreizsystem.

Der von Ulrich Schachtschneider vorgestellte partielle Finanzierungsansatz einer ökologischen Eurodividende mittels Verwendung der Einnahmen eines reformierten EU-Emissionshandels darf in diesem Sinn als Beispiel für ein entsprechend geeignetes Modell gelten. Ein Anreiz zur Vermeidung von ursächlich durch CO₂-Emissionen generierten Kosten läge ja auf jeden Fall im Interesse von GWÖ-Unternehmen, da sie dieses Ziel bereits unabhängig von ausdrücklichen Steuervermeidungsstrategien verfolgen.

Abb: Ökologische Eurodividende durch CO₂-Handel.⁷



Der Charme eines solchen Modells sollte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass seine Umsetzung in politische Praxis besonders hohe Hürden zu überwinden hätte. Um den Staat zu einer entsprechenden Steuerreform zu bewegen, müsste es zunächst einmal den politischen Willen für das hier nur als Ideenskizze angedeutete Vorhaben einer Kombination aus GWÖ-Konzept und Grundeinkommensidee geben. Immerhin: Die Chance, solchem politischen Willen in einzelnen Staaten den Weg zu bahnen, könnte

⁷ (vgl. Ulrich Schachtschneider: „Ecological Eurodividend - Ein Schritt zum Grundeinkommen in Europa“ zur Veröff. vorgesehen in: O. Lüdemann und U. Schachtschneider, Hrsg. / „Grundeinkommen braucht Europa, Europa braucht Grundeinkommen“, voraussichtlich Ende 2019 / Anfang 2020

paradoxerweise tatsächlich über den Umweg Europa führen. Das von Philippe van Parijs vorgeschlagene Projekt einer Euro-Dividende böte ja den Vorteil, dass die Nationalstaaten nicht auf einen Schlag die komplette sozialstaatliche Kompetenz verlieren würden. Vielleicht würden sie sogar die partielle Übernahme einer Finanzierung der Eurodividende durch die EU begrüßen, da dies sie von einer, zumindest in manchen Ländern, inzwischen zur Überforderung werdenden Aufgabe entlasten würde. Angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse in den Nationalstaaten wäre es freilich trotzdem naiv zu glauben, dass die Umsetzung eines derartigen Projektes einfach umzusetzen wäre. Zu groß ist inzwischen europaweit das Misstrauen gegenüber der EU !

An Stelle einer flächendeckenden EU-weiten Einführung erscheint deshalb auch zunächst eher ein Feldversuch als eine realistische Option. Dieser könnte sich als Zielgruppe z.B. die Belegschaften der inzwischen europaweit mehreren Hundert GWÖ-Unternehmen (oder eines Teils davon) auswählen. Der Plan wäre, für die Belegschaften dieser Unternehmen im Rahmen eines solchen EU-Feldversuchs probeweise und für eine begrenzte Dauer **die Simulation eines fiskalischen Anreizsystems für nachhaltiges Wirtschaften im Sinne der GWÖ** zu erproben, das **mit der Auszahlung einer begrenzten bedingungslosen individuellen Zuwendung an die Mitarbeiter/Innen der entsprechenden GWÖ-Unternehmen verknüpft wäre**. Obwohl an keine weitere Bedingung geknüpft, würde es sich bei der monatlichen Zuwendung nicht im strengen Sinn um eine „EURO-DIVIDENDE“ handeln, wie von Philippe van Parijs vorgeschlagen, sondern eben nur um eine „Simulation“ im Rahmen des Feldversuches. Dies auch deshalb, weil für eine ausgewählte spezifische Zielgruppe nicht ohne weiteres fiskalische Ressourcen zur Finanzierung verfügbar wären. Eine Finanzierung als Modellprojekt mit EU-Mitteln sollte im Prinzip aber möglich sein. Theoretisch käme auch eine Finanzierung mit Stiftungsmitteln oder eine Kombination aus beidem in Betracht.

- a) An der vorgeschlagenen „doppelten Simulation“ sollten sich auf freiwilliger Basis alle zertifizierten GWÖ-Unternehmen (unter noch zu präzisierenden Bedingungen auch solche, die es werden wollen) beteiligen können. Die Verpflichtung zur Erstellung einer GWÖ-Bilanz sollte in jedem Fall Voraussetzung für die Teilnahme am Projekt sein.
- b) Für die Dauer des Projektes (z.B. drei Jahre) würde den Mitarbeiter/Innen der entsprechenden Unternehmen zusätzlich zu ihrem Gehalt/Lohn eine monatliche bedingungslose finanzielle Zuwendung ausgezahlt, deren Höhe noch festzulegen wäre (z.B. orientiert an Philippe van Parijs' Vorschlag von 200,- € für die EURODIVIDENDE). Die Unternehmen hätten sich zu verpflichten, die finanzielle Zuwendung nicht als Lohndumping-Maßnahme zu missbrauchen.
- c) Während die Idee einer Eurodividende, ggf. gemäß Philippe van Parijs als ein „partielles allgemeines Grundeinkommen“ zu verstehen ist und in Ergänzung zu bestehenden sozialstaatlichen Leistungen aus steuerlichen Ressourcen der EU der Mitgliedsstaaten auf unbestimmte Zeit an alle EU-Bürger/Innen und Aufenthaltsberechtigte zu zahlen wäre, geht es in diesem Feldversuch um eine zeitlich begrenzte, gezielte Maßnahme für eine spezifische Zielgruppe, die der wissenschaftlichen Überprüfung von Hypothesen dient, die im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse als untersuchungswürdig anzusehen sind.
- d) Die Erwartung ist u.a., dass eine beträchtliche Anzahl der begünstigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GWÖ-Unternehmen den ihnen mit einer solchen Maßnahme gewährten Freiheits-Spielraum nutzen würden, um eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit zu beantragen.
- e) Das Unternehmen könnte dann im Sinne einer Win-Win-Situation zusätzliche Arbeitskräfte

einstellen

- f) Eine weitere Erwartung ist, dass entgegen verbreiteter Annahmen von Grundeinkommen-Skeptikern die Mitarbeiter-Entscheidung nicht etwa auf ein Nachlassen der Arbeitsmotivation zurückzuführen ist. Vielmehr dürfte sie eher auf der bewussten Entscheidung für eine bessere Work-Life-Balance oder eine angemessenere Aufteilung von Erwerbsarbeit und Familienarbeit beruhen. Die Überprüfung dieser Hypothesen ist in einer Begleitstudie mittels einschlägiger quantitativer wie auch qualitativer Methoden der Sozialforschung zu leisten (z.B. mittels Kontrollgruppen in nicht an dem Projekt beteiligten Unternehmen, Interviews mit Multiple-Choice-Fragen, non-direktiven oder themenzentrierten Interviews sowie deren Inhaltsanalysen).
- g) Die Erwartung ist darüber hinaus, dass die vorgeschlagene *Simulation eines Grundeinkommens* sich nicht nur für die beteiligten Menschen und Unternehmen als Gewinn auszahlt; Vielmehr würden sowohl die GWÖ als auch die BGE-Bewegung und somit indirekt die Gesellschaft insgesamt davon profitieren, würden sich voraussichtlich so doch etliche neue Unternehmen der Gemeinwohlökonomie anschließen; zugleich ließen sich vermutlich besonders hartnäckige Vorurteile gegenüber dem BGE entkräften, etwa die Meinung, es führe zu einem generellen Rückgang der Arbeitsmotivation.

Neben der kritischen Überprüfung der bereits genannten Erwartungen wäre in der Begleitstudie mittels qualitativer Methoden zu klären, wie sich die bedingungslose Zuwendung in Verbindung mit dem Engagement für die GWÖ konkret im Einzelnen auf die Arbeitsmotivation der Menschen, auf ihr Alltagsverhalten und ihre individuelle Lebensplanung, auf die Arbeitsorganisation und auf die Entwicklung der Produktivität in den Unternehmen, schließlich insgesamt auf die Unternehmenskultur auswirkt.

Der Autor dankt den Kollegen Bernd Fittkau und Ulrich Schachtschneider für ihre überaus konstruktiven, ergänzenden Anregungen und Beiträge zu dem vorliegenden Versuch einer Aktualisierung unseres gemeinsamen Textes aus dem Jahr 2016.